Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Die gesamtwirtschaftliche Situation der Gemeinschaft zu Beginn eines neuen Jahrzehnts, das vielfältige Herausforderungen birgt – Vollendung des Binnenmarktes, Etablierung einer Wirtschafts- und Währungsunion und Schaffung der politischen Union – ist per saldo durchaus als günstig anzusehen[1]. Allerdings muß – und das darf trotz befriedigender Globalentwicklung nicht übersehen werden – die wirtschaftliche Konvergenz zwischen den EG-Ländern beträchtlich verbessert werden. Dieses Erfordernis ist insbesondere im Zusammenhang mit dem ehrgeizigen Ziel der EG zu sehen, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nach dem vor 20 Jahren fehlgeschlagenen Versuch in einem erneuten Anlauf zu einer Wirtschafts- und Währungsunion stufenweise fortzuentwickeln.

EG weiter auf deutlich expansivem Pfad

Auch 1989 blieb die weltweite konjunkturelle Dynamik erhalten und sie war wiederum stärker, als die meisten Prognosen zu Jahresanfang vorsahen. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer ging mit 3,5% erneut über den durchschnittlichen Potentialzuwachs hinaus[2]. Der reale Welthandel expandierte mit 8%. Von den drei Industriezentren wies Japan, wie üblich in den letzten Jahren, die höchste Wachstumsrate des BSP auf (4,9%). In Umkehrung der Vorjahressituation war das Wachstumstempo in der Gemeinschaft mit einem BSP-Zuwachs von 3,6% höher als in den USA (vgl. Tabelle). Er lag damit deutlich über den 2 ¾ %, von dem der EG-Jahreswirtschaftsbericht 1988/89 ausgegangen war. Eine wichtige Erklärung dafür dürfte die erneute Unterschätzung der verzögerten Wirkung der lange in fast allen Ländern expansiv geführten Geldpolitik sein, zu der selbstverstärkende Kräfte wie die zunehmende Kapazitätsauslastung kamen. Die Wirkungen waren vor dem Hintergrund kontinuierlich verbesserter Rahmenbedingungen – Konsolidierung der Staatsfinanzen, Besteuerungsreformen – und neuer Perspektiven – Binnenmarkt und schrittweise Öffnung Osteuropas – besonders effektiv[3]. Am stärksten expandierten in der Gemeinschaft die beiden Länder der iberischen Halbinsel mit jeweils knapp 5%. Mit einer 4 vor dem Komma lagen auch die deutschen, niederländischen, belgischen, luxemburgischen und irischen BSP-Zuwächse 1989 deutlich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt. Deutlich darunter blieb das auf Restriktionskurs fahrende Großbritannien. Nach zwei Jahren eines absoluten Wirtschaftsrückgangs konnte Dänemark erstmals wieder eine positive Wachstumsrate verzeichnen (vgl.

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EG-Länder (Jahresdurchschnitte bzw. Jahresangaben)

Land		Verbraucherpreise gegen Vorjahr in %	Langfristige Realzinsen in % p.a.	Saldo der Leistungsbilanz Mrd. US-$	in % des BSP/BIP	Reales Wachstum gegen Vorjahr in % BSP/BIP	Inlandsnachfrage	Arbeitslose in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (nationale Definitionen)	Finanzierungssaldo des Gesamtstaates in % des BSP BIP[2)]
Bundesrepublik	1987	0,2	6,0	46	4,0	1,7	2,9	7,9	–1,8
	1988	1,3	5,2	49	4,0	3,6	3,7	7,7	–2,1
	1989	2,8	4,1	53	4,4	4,0	2,8	7,1	0,2
Frankreich	1987	3,3	6,7	–4	–0,5	1,9	3,0	10,5	–2,0
	1988	2,8	6,4	–4	–0,4	3,5	3,9	10,1	–1,3
	1989	3,5	5,5	–3	–0,3	3,5	3,2	9,7	–1,3
Italien	1987	4,7	5,1	–2	–0,2	3,0	4,6	12,0	–11,2
	1988	5,0	5,5	–5	–0,7	3,9	4,3	12,0	–10,6
	1989	6,4	5,0	–10	–1,2	3,4	3,7	12,0	–10,5
Spanien	1987	5,2	7,1	0	0,0	5,5	8,5	20,5	–3,6
	1988	4,8	6,9	–4	–1,1	5,0	7,0	19,5	–3,1
	1989	6,8	6,6	–11	–3,0	4,9	7,6	17,3	–2,3
Niederlande	1987	–0,7	7,1	3	1,3	1,1	2,2	8,7	–6,5
	1988	0,7	5,3	5	2,2	2,9	2,2	8,3	–5,0
	1989	1,1	6,1	5	2,3	4,2	4,7	7,6	–4,6
Belgien	1987	1,6	6,2	2	1,2	2,0	3,6	11,1	–7,2
	1988	1,2	6,7	3	1,0	4,3	4,3	10,0	–6,8
	1989	3,1	5,4	3	0,8	4,5	5,0	9,1	–6,2
Dänemark	1987	4,0	7,6	–3	–3,0	–0,7	–3,0	7,8	2,0
	1988	4,5	5,7	–2	–1,7	–0,4	–2,2	8,6	0,2
	1989	4,8	5,2	–2	–1,5	1,4	0,3	9,4	–0,5
Irland	1987	3,1	7,9	0	1,3	5,6	–0,4	17,5	–9,3
	1988	2,1	7,1	1	2,4	1,2	0,2	16,7	–2,7
	1989	4,1	4,7	1	1,7	4,4	4,8	16,0	–2,9
Luxemburg	1987	–0,2	8,2	1	33,0	2,5	2,5	1,6	2,7
	1988	1,6	5,4	1	16,4	5,2	3,8	1,5	2,5
	1989	3,3	4,2	1	14,9	4,2	3,5	1,4	2,4

Fortsetzung der Tabelle

Land		Verbraucherpreise gegen Vorjahr in %	Langfristige Realzinsen in % p.a.	Saldo der Leistungsbilanz Mrd. US-$	in % des BSP/BIP	Reales Wachstum gegen Vorjahr in % BSP/BIP	Inlandsnachfrage	Arbeitslose in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (nationale Definitionen)	Finanzierungssaldo des Gesamtstaates in % des BSP/BIP[2]
Großbritannien	1987	4,2	5,1	–6	–0,7	4,8	5,6	10,4	0,0
	1988	4,9	4,3	–26	–3,1	4,3	7,4	8,2	1,9
	1989	7,8	1,7	–33	–3,9	2,5	3,9	6,3	0,8
Griechenland	1987	16,4	3,5	–1	–2,6	–0,1	–0,8	7,5	–12,0
	1988	13,5	5,0	–1	–1,9	4,0	5,5	7,7	–14,5
	1989	13,8	4,6	–3	–4,6	2,3	4,1	7,8	–17,8
Portugal	1987	9,3	5,5	1	1,8	4,7	10,2	7,1	–7,0
	1988	9,7	4,1	–1	–1,4	4,1	8,5	5,8	–6,5
	1989	12,6	2,0	–1	–2,2	4,8	5,2	5,4	–6,0
EWS-Länder[3) 4)]	1987	2,5	6,2	43	1,4	2,1	3,2	10,7	–4,5
	1988	2,8	5,8	44	1,1	3,6	3,9	10,4	–4,1
	1989	4,1	5,1	38	1,1	3,8	3,6	9,9	–3,3
EG-Länder[4)]	1987	3,0	6,0	3,7	0,9	2,7	3,7	10,6	–3,7
	1988	3,3	5,5	16	0,3	3,7	4,5	10,0	–3,3
	1989	4,8	4,5	1	0,1	3,6	3,7	9,3	–2,8

1) Umlaufsrenditen langfristiger Anleihen, deflationiert mit der Veränderungsrate der Verbraucherpreise.
2) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
3) Am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmende Länder.
4) Gewichtet mit BSP/BIP-Anteilen des Jahres 1987.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: OECD, IWF, EG-Kommission und nationale Statistiken.

Tabelle). Sichtbar wurde eine – an den Standardabweichungen für die Jahre 1987–89 gemessene – deutliche Konvergenz der Wachstumsraten in der EG (vgl. Schaubild).

Getragen wurde die Expansion in der Gemeinschaft im entscheidenden Maße weiter von der innereuropäischen Nachfrage, die um 3,7% zunahm. Nur in der

Bundesrepublik und Dänemark blieb die Zunahme der Inlandsnachfrage deutlich hinter der des BSP zurück (vgl. Tabelle). Auch 1990 werden die expansiven Kräfte mit Ausnahme von Großbritannien und Dänemark in der Gemeinschaft deutlich dominieren, so daß mit einem Zuwachs des realen BSP in der Größenordnung von 3% – bei ähnlicher Zunahme der Inlandsnachfrage – zu rechnen ist.

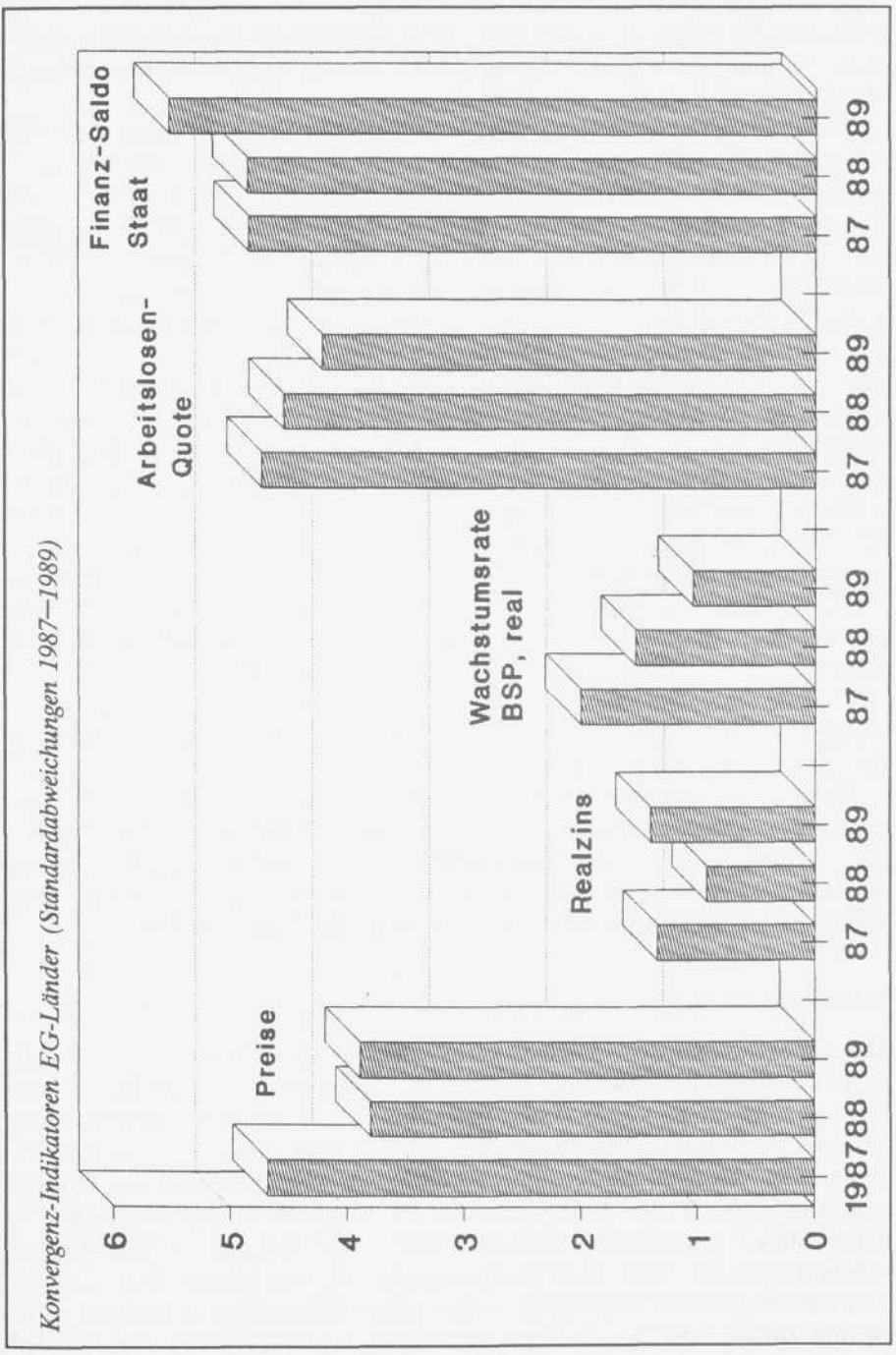
Investitionstätigkeit und privater Konsum

Motor der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in der Gemeinschaft blieb auch 1989 die Investitionstätigkeit. Die Anlageinvestitionen in der Gemeinschaft expandierten weiterhin mit hoher, beträchtlich über dem BSP-Zuwachs liegender Rate von über 6%. Die kräftige Investitionstätigkeit der EG-Unternehmen spiegelt sich insbesondere in der starken Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen wider, die mit etwa 9% nur deswegen unter dem Vorjahreswert blieb, weil es nach dem britischen Investitionsboom 1988 als Folge der monetären Restriktionspolitik der britischen Regierung zu einer erheblichen Abflachung der gewerblichen Investitionen kam. Auch die Bauinvestitionen nahmen mit deutlich über 4% zu. Allerdings gingen die Investitionen in Dänemark und Großbritannien zurück. Gestärkt wurde die hohe Investitionsneigung der Unternehmen durch den hohen Kapazitätsauslastungsgrad (Oktober 1989: 86,2%) und die günstige Gewinnsituation. Die Anlageinvestitionen insgesamt werden in der Gemeinschaft 1990 weiter beachtlich zunehmen, allerdings auf Grund greifender Stabilisierungsmaßnahmen mit gut 4% etwas langsamer als im Vorjahr.

Der private Konsum – vom Gewicht her stärkste Nachfragekomponente – expandierte 1989 in der Gemeinschaft mit 3% etwas langsamer als im Vorjahr. In der leicht rückläufigen Zuwachsrate spiegelt sich u. a. die deutliche Abflachung des Verbrauchszuwachses in der Bundesrepublik – um einen Prozentpunkt auf 1,6% als Folge einer Kaufkraftabschöpfung durch Erhöhung indirekter Steuern – sowie in Großbritannien – um 3 Prozentpunkte auf 4% als Konsequenz beträchtlicher Kreditverteuerungen – wider. 1990 dürfte der private Konsum in der Gemeinschaft mit etwa der gleichen Rate wie im Vorjahr wachsen. Bei wohl etwas verlangsamter Einkommensexpansion wird in den meisten europäischen Volkswirtschaften eine gewisse Verlangsamung der Verbrauchszunahme zu verzeichnen sein. Demgegenüber wird die Bundesrepublik ihre Zuwachsrate des Konsums mit mindestens 4% mehr als verdoppeln. Ursache dafür sind kräftige kaufkraftfördernde Steuersenkungen sowie Verbrauchsimpulse durch den starken Zuwandererstrom an Aus- und Übersiedlern[4].

Außenwirtschaftliche Entwicklung

Die Entwicklung von Ein- und Ausfuhr wurde durch die anhaltend kräftige Expansion von Nachfrage und Produktion in der Gemeinschaft mitbestimmt. Bei gleichbleibend hoher realer Zuwachsrate der Wareneinfuhr 1989 (9%) beschleu-


Konvergenz-Indikatoren EG-Länder (Standardabweichungen 1987–1989)
Finanz-Saldo Staat
Arbeitslosen-Quote
Wachstumsrate BSP, real
Realzins
Preise
6
5
4
3
2
1
0
1987 88 89
87 88 89
87 88 89
87 88 89
87 88 89

nigte sich das Ausfuhrwachstum von 6,2% (1988) auf 8% (1989)[5]. Der reale Export in die übrige Welt stieg nach einer bescheidenen Zuwachsrate von 2% 1988, die unter der des BSP lag, auf gut 6% an und wurde zu einem wichtigen Wachstumsfaktor in der Gemeinschaft[6].

Die zusammengefaßte (nominale) Leistungsbilanz der EG-Länder wies 1989 – bei sich halbierendem Handelsbilanzüberschuß (fob/fob-Basis) – nur noch einen geringen Überschuß von 1 Mrd. $ auf (zum Vergleich 1988: 18 Mrd. $). Das entsprach einem BSP-Anteil von 0,1%. Die Gemeinschaft als ganzes hat damit zwar einen Beitrag zum Abbau der internationalen Ungleichgewichte geleistet. Allerdings verbergen sich hinter der EG-Gesamtposition stark divergierende Unterschiede von Land zu Land, die in den letzten Jahren zugenommen haben (vgl. Tabelle). Der deutsche Leistungsbilanzüberschuß entspricht mit 53 Mrd. $ fast dem aggregierten Defizit der vier anderen "großen" EG-Länder. Die in verschiedener Hinsicht problematische weitere Aktivierung der deutschen Leistungsbilanz ist – neben stark angewachsenen Kapitalerträgen – auf die deutlich gestiegenen Handelsbilanzüberschüsse gegenüber den anderen EG-Ländern, vor allem mit Großbritannien, Spanien, Italien und Frankreich, zurückzuführen. Darin spiegelt sich auch die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsposition gegenüber den EG-Partnern wider[7]. Die mit den Lohnstückkosten der Verarbeitenden Industrie und der Gesamtwirtschaft bereinigten effektiven Wechselkurse gegenüber den anderen Gemeinschaftsländern wiesen für die Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt 1989 einen Rückgang gegenüber 1987 von 4,2 bzw. 6,7% auf[8]. Diese reale DM-Abwertung war – bei gleichgebliebenem nominalen Wechselkurs – auf den im Vergleich zu den anderen EG-Ländern geringeren Anstieg der Lohnstückkosten zurückzuführen.

Unter dem Gesichtspunkt der sich bildenden Wirtschafts- und Währungsunion verlieren allerdings bilaterale europäische Zahlungs- und Leistungsbilanzbeziehungen an Bedeutung. Es kommt dann vielmehr auf die Zahlungsbilanzbeziehungen der Gemeinschaft insgesamt gegenüber den anderen Regionen an. Die Leistungsbilanz der Gemeinschaft dürfte auch 1990 weitgehend ausgeglichen sein.

Erheblicher Beschäftigungsanstieg

Das anhaltend kräftige Wirtschaftswachstum hat auch 1989 zu einer beträchtlichen Beschäftigungsausweitung geführt. Die Zuwachsrate lag nur knapp unter dem Rekordwert von 1,6% 1988. Bei etwas abflachendem Konjunkturanstieg wird die Zuwachsrate 1990 rückläufig sein, aber weiter über 1% liegen. In den Jahren 1988 bis 1990 dürften über 5 Mio. neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist auch eine Konsequenz des im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren stärker beschäftigungswirksamen Wachstums[9]. Obgleich die Beschäftigung erheblich zunahm, sinkt die Arbeitslosenquote aber nur langsam (vgl. Tabelle). Trotz einer gewissen Konvergenz in den letzten Jahren (vgl. Schaubild) ist die Spanne zwischen dem Land mit der günstigsten Situation (Luxemburg) und dem

Schlußlicht (Spanien) von fast 16 Prozentpunkten weiterhin beträchtlich. Da die Erwerbsbevölkerung in der Gemeinschaft weiter zunehmen wird, dürfte dadurch 1989/90 der größte Teil der von der Kommission prognostizierten zusätzlichen Arbeitsplätze absorbiert werden und nur 1,5 Mio. zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen[10]. Die Bundesrepublik konnte 1989 bei einem Zuzug von 380.000 Aussiedlern und 340.000 Übersiedlern, die das Arbeitskräfteangebot stark erhöhten - Faustregel: 50% der Aussiedler und 70% der Übersiedler sind Anwärter auf einen Arbeitsplatz - ihre Arbeitslosenquote von 7,7% auf 7,1% senken[11].

Inflationsanstieg

Die Verbraucherpreise erhöhten sich 1989 in der Gemeinschaft um 4,8%. Das waren anderthalb Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Die Preissteigerungsraten divergierten dabei von Land zu Land beträchtlich (vgl. Tabelle). Erheblich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt lagen mit ihren Teuerungsraten Italien, Spanien und Großbritannien. Ebenso wie in den Nicht-EWS-Mitgliedern Griechenland und Portugal ist die Inflationsrate in diesen Ländern - Großbritannien nimmt nicht am EWS-Wechselkursmechanismus teil und Spanien hat den Sonderstatus erweiterter Bandbreiten, den Italien gerade aufgab - zu hoch, gemessen am längerfristigen, angestrebten Ziel stabiler Wechselkurse. Bei der Konvergenz erlitt die Gemeinschaft einen Rückschlag (vgl. Schaubild). Die Inflation - wieder zu einer Hauptsorge in der Gemeinschaft geworden - hatte im letzten Jahr zunächst durch externe Faktoren, wie den kräftigen Anstieg der Erdölpreise, Auftrieb erhalten. Ein nachlassender Preisanstieg und die Aufwertungstendenzen bei den EG-Währungen seit dem Herbst haben dann allerdings zu einer Verbilligung der Rohwaren geführt[12]. Internen Faktoren, wie dem Anstieg der Lohnstückkosten - besonders ausgeprägt bei Großbritannien, Spanien, Griechenland und Luxemburg - kam allerdings eine zunehmende Bedeutung für den Preisanstieg zu. Zu berücksichtigen ist zudem als Sonderfaktor die Erhöhung der Verbrauchssteuern in einigen Ländern (Bundesrepublik, Belgien, Italien)[13].

Bei tendenziell abflachender Gesamtnachfrage, weiterhin intensiviertem Wettbewerb, insbesondere im Zusammenhang mit dem näherrückenden Binnenmarkt, dürfte sich der Preisanstieg nicht weiter verstärken, zumal auch die monetären Preisüberwälzungsspielräume enger werden und die Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber Dollar und Yen importverbilligend wirken.

Kontinuität in Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik

Zur Vermeidung konjunktureller Überhitzungserscheinungen wurde der geldpolitische Stabilisierungskurs in der Gemeinschaft - mit graduellen Unterschieden entsprechend der Situation in den einzelnen Ländern - weiter verschärft. Im Rahmen mehrerer zwischen EG-Zentralbanken abgestimmten Zinsrunden -

zuletzt im Oktober 1989 – sind die Leitzinsen heraufgesetzt worden. Der durchschnittliche kurzfristige Zins in der Gemeinschaft war im letzten Quartal 1989 bei einem Wert von 12,1% um mehr als 2 Prozentpunkte höher als im entsprechenden Quartal des Vorjahres. Auch der langfristige Zins war in der EG im selben Zeitraum um einen Prozentpunkt auf 10,4% angestiegen. Der langfristige Zins lag damit etwa 1,5 Prozentpunkte unter dem kurzfristigen. Die inverse Zinsstruktur spiegelt das geldpolitische Stabilisierungsbemühen in der Gemeinschaft wider, einerseits die Leitzinsen und damit auch die kurzfristigen Sätze an den Finanzmärkten anzuheben und andererseits durch die Eindämmung von Inflationserwartungen den Anstieg der langfristigen Sätze tendenziell zu dämpfen[14]. Ein Indikator der gestiegenen Inflationserwartungen in der Gemeinschaft dürfte auch gewesen sein, daß bei gestiegenem nominalen langfristigem Zins der langfristige Realzins in der Gemeinschaft – Ausnahme: Niederlande – gesunken ist (vgl. Tabelle). Zur Lockerung der auch Anfang 1990 weiter gestrafften Geldpolitik dürfte in der Gemeinschaft gegenwärtig wohl wenig Anlaß bestehen.

Die Finanzpolitik in der Gemeinschaft hielt im Grundtenor auch im vergangenen Jahr am eingeschlagenen Konsolidierungskurs fest. Das Haushaltsdefizit der Gemeinschaftsländer in Relation zum Bruttosozialprodukt war mit 2,8% etwa einen halben Prozentpunkt niedriger als im Jahr davor. Die Staatsverschuldung in v. H. des BSP, die 1988 knapp 60% ausmachte, dürfte allenfalls gleichbleiben. Allerdings verbergen diese Globalwerte, daß die haushaltspolitischen Konsolidierungsbemühungen einer Reihe von EG-Ländern unzureichend sind und hier eine Revision notwendig ist, nicht zuletzt auch als Voraussetzung für die zu schaffende Wirtschafts- und Währungsunion. In Ländern, wo die Konsolidierung dringlich ist, so etwa in Italien und Griechenland, wurde bei gestraffter Geldpolitik ein laxer finanzpolitischer Kurs gefahren, wie die Rekordhaushaltsdefizite dieser Staaten innerhalb der Gemeinschaft zeigen (vgl. Tabelle). Wenngleich rückläufig, sind die Haushaltsdefizite auch in Belgien, den Niederlanden, Portugal und Irland zu hoch. Zum Teil wurden die im Zuge des verstärkten Wachstums verbesserten Konsolidierungsmöglichkeiten nur unzureichend genützt. Die Staatsverschuldung in Relation zum BSP beträgt bei Belgien heute rund 127%, hat – bei weiter zunehmender Tendenz – in Italien und Irland die 100%-Marke erreicht und liegt – bei auch hier steigendem Schulden/BSP-Quotient – in Griechenland, den Niederlanden und Portugal in einer Bandbreite von 75 bis gut 80%. Ein steigendes Verhältnis von öffentlichen Schulden zu BSP macht ab einer kritischen Größe den Haushalt anfällig gegenüber Zinsentwicklungen. Wenn zudem Länder mit hohen Haushaltsdefiziten, wie etwa Italien, die Stabilitätsaufgabe ausschließlich der Geldpolitik überlassen, besteht die Gefahr, daß private Investitionen verdrängt und damit Wachstum und Beschäftigungsanstieg verlangsamt werden[15].

Für die Gemeinschaftsländer insgesamt dürfte sich das Budgetdefizit in der gleichen Größenordnung bewegen wie im Vorjahr und nicht zurückgehen. Dabei spielt allerdings eine wesentliche Rolle, daß die für die Gesamtgröße gewichtige Bundesrepublik, die ihre Konsolidierung 1989 nicht zuletzt durch Steuererhöhun-

gen vorantrieb und erstmals nach gut anderthalb Jahrzehnten einen Haushaltsüberschuß auswies, 1990 starke Steuersenkungen vornimmt und dadurch ein Budgetdefizit in der Größenordnung bis zu einem Prozent ausweisen wird.

Der einkommenspolitische Kurs zur weiteren Verbesserung der Angebotsbedingungen setzte sich in der Gemeinschaft auch 1989 fort. Der Reallohnanstieg (1,2%) blieb unterhalb des Zuwachses der Arbeitsproduktivität (1,8%), so daß die realen Lohnstückkosten in der EG rückläufig waren. Ausnahme von dieser Entwicklung bildeten – wie im Vorjahr – Großbritannien, Griechenland und Luxemburg. Durch den schon längerfristig zu beobachtenden Rückgang der realen Lohnstückkosten (1981–89 um etwa 8%) wurde die Sachanlagenrentabilität verbessert und damit eine wesentliche Voraussetzung für das Investitionswachstum in der EG geschaffen, das sich insbesondere in den letzten drei Jahren erheblich verstärkte. Angesichts der allerdings noch immer hohen Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft und daher einem starken Bedarf an beschäftigungswirksamen Investitionen, ist ein weiterer Anstieg der Rentabilität wünschenswert. Der maßvolle Reallohnanstieg sollte daher – so auch die Kommission im Jahreswirtschaftsbericht 1989/90 – noch einige Zeit beibehalten werden.

Perspektiven

Die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Gemeinschaft dürften sich in den nächsten Jahren erheblich verändern. Neben dem Binnenmarktprojekt, durch das bereits eine Reihe wichtiger Pflöcke zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen fest eingeschlagen wurden[16], wird dies u. a. auch durch die Integration der DDR in die EG, insbesondere aber durch das Vorhaben, die Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion fortzuentwickeln[17], geschehen. Im europäischen Einigungsprozeß hat die Wirtschaft die Schrittmacherrolle übernommen. Zum Teil sind mit diesen Entwicklungen Änderungen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums verbunden, die ihrerseits Rückwirkungen auf die Wirtschaftspolitik haben könnten. Vieles im Zusammenhang mit diesen Vorhaben und Prozessen befindet sich allerdings noch im Stadium der Vorbereitung und Diskussion, so daß nur Annahmen oder Spekulationen über die Auswirkungen möglich sind, vielfach auch nur Fragen aufgeworfen werden können.

Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes sind erhebliche Kostensenkungen und zusätzliche Wachstumsimpulse für die EG-Länder zu erwarten. Wichtig ist daher, daß man in bedeutsamen, aber umstrittenen Bereichen zügig zu angemessenen Regelungen kommt: So sollte im Bereich der Umsatzbesteuerung rasch das "Gemeinsamer-Markt-Prinzip" (Biehl) eingeführt werden, nach dem Umsätze in anderen Ländern mehrwertsteuerlich genauso behandelt werden wie Umsätze innerhalb eines Landes. Die vorgesehene Stillhaltelösung bis 1996 mit ihrem kostenträchtigen statistischen Aufwand ist nicht akzeptabel.

Der Abbau EG-interner Handelshemmnisse leistet angesichts der Größenordnung des EG-Binnenhandels bereits einen bedeutsamen Beitrag zur Verminderung des Protektionismus in der Weltwirtschaft. Einige handelspolitische Maßnahmen in jüngerer Zeit haben die Furcht außerhalb der Gemeinschaft vor einer "Festung Europa" nicht abklingen lassen. Zu hoffen ist, daß trotz der gegenwärtig noch bestehenden merkantilistischen Position einiger Länder der Protektionismus keine Chance hat, damit via wohlstandssteigerndem Wettbewerb auch gegenüber Drittländern die eng in die Weltwirtschaft eingebundene Gemeinschaft möglichst großen Nutzen aus dem internationalen Handel ziehen kann.

Die politische Entscheidung für eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist gefallen[18]. Die weitgehende Vereinigung auf wirtschaftlichem Gebiet ist ein Zwischenstadium zu der sich vermutlich rasch vollziehenden politischen Vereinigung. Unter der realistischen Annahme, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sich durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Art. 23 des Grundgesetzes vollzieht, daß also die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Gemeinschaft die DDR mitumfaßt[19], hat die Kommission ein – auf dem Sondergipfel in Dublin Ende April abgesegnetes – dreistufiges Konzept zur Eingliederung der DDR in die Gemeinschaft vorgelegt[20]. Schon in der ersten, der Anpassungs- oder Interimsphase muß nach Auffassung der Kommission der Einigungsprozeß mit dem Gemeinschaftsrecht in Einklang stehen. Sonderwege der DDR würden die Eingliederung in die Gemeinschaft erschweren; es sollte möglichst viel bundesdeutsches Recht übernommen werden, das bereits EG-kompatibel ist[21]. Um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten anderer EG-Länder zu verhindern, richtet die Kommission ihr Augenmerk gegenwärtig intensiv auf deutsch-deutsche Fusionsbestrebungen und Subventionen der Bundesrepublik an die DDR[22]. Die Übergangsphase – gleichsam die Situation, als wäre die DDR Mitglied der Gemeinschaft geworden – muß dann zeigen, inwieweit die DDR-Wirtschaft von den Voraussetzungen her den Erfordernissen des Binnenmarktes gerecht wird und inwieweit Übergangs- und Ausnahmeregelungen notwendig und akzeptabel sind. Die EG-Kommission schätzt, daß sich allein durch die deutsche Einheit das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr in der Bundesrepublik um einen und in der Gemeinschaft um einen halben (1992: 1) Prozentpunkt erhöht[23].

Am 1. Juli 1990 tritt die Gemeinschaft in die erste Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ein. Neben der Kapitalverkehrsliberalisierung geht es um verstärkte wechselseitige Konsultationen und Überwachung mit dem Ziel einer besseren Koordinierung der Geld- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten. Zur Verbesserung des Instrumentariums wurde der Ratsbeschluß von 1964 über den Ausschuß der EG-Zentralbankpräsidenten[24] und die Konvergenzrichtlinien von 1974 zur Verbesserung der Koordinierung im wirtschaftlichen Bereich[25] neugefaßt. Abzuwarten bleibt, inwieweit die Mitgliedsländer in dieser "Erprobungsphase" tatsächlich bereit und in der Lage sind, den für eine Wirtschafts- und Währungsunion notwendigen strengen Stabilitätsanforderungen gerecht zu

werden. Ein halbes Jahr nach Beginn der ersten Stufe wird eine Regierungskonferenz der EG-Länder auszuhandeln haben, in welcher Weise die Römischen Verträge zu ändern und zu ergänzen sind, um ein gemeinsames Zentralbanksystem zu errichten. Weitgehend einig sind die EG-Länder – nur Großbritannien steht dem Gedanken einer europäischen Zentralbank vehement entgegen –, daß es sich um eine unabhängige, föderalistische, dem vorrangigen Ziel Preisstabilität verpflichtete Notenbank in der Gemeinschaft handeln muß[26]. Wichtig ist weiterhin, daß die geldpolitische Aufgabenerfüllung der Notenbank nicht durch die Fiskalpolitik konterkariert werden kann. Auch dies sicherzustellen, ist die Regierungskonferenz gefordert. Die Kommission ist von ihrem ursprünglichen Ansatz einheitlicher Vorgaben für die Haushaltspolitik abgegangen zugunsten eines realistischer erscheinenden, diskussionswürdigen Ansatzes, der auf national differenzierende Regeln oder Richtlinien hinausläuft. Die monetäre Finanzierung von Haushaltsdefiziten und die Einräumung von "Marktprivilegien" für die öffentliche Hand sind auszuschließen[27].

Die Fortentwicklung der Gemeinschaft zur WWU ist zunehmend mit Souveränitätsverlusten von Regierungen und Parlamenten verbunden. Die Bereitschaft dazu muß von diesen Institutionen noch unter Beweis gestellt werden.

Anmerkungen

1 Vgl. Großer, G./Weinert, G.: Die wirtschaftliche Lage Westeuropas, in: Weltkonjunkturdienst (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), 1 (1990), S. 40 f.

2 Vgl. ebd., S. 3.

3 Vgl. Schmahl, H.-J.: Bundesrepublik: Probleme und Perspektiven 1990, in: Konjunktur von morgen (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 804 (1990), S. 1.

4 Vgl. Großer/Weinert, a. a. O. (Anm. 1), S. 35.

5 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Nr. 10 (1989), S. 9.

6 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Nr. 1 (1990), S. 4.

7 Bundesbankvizepräsident Schlesinger bezeichnet bei den gegenwärtigen Wechselkursen die deutsche Wettbewerbsposition als schon zu stark. Vgl. Schlesinger, Helmut: Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland: Vor wichtigen Weichenstellungen, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 29 (1990), S. 2.

8 Errechnet nach Commission of the European Communities: Price and Cost Competitiveness, Brussels. 19. 1. 1990.

9 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Sich den Herausforderungen der frühen 90er Jahre stellen – Jahreswirtschaftsbericht 1989–1990, in: Europäische Wirtschaft, Nr. 42, Nov. 1989, S. 13; Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, a. a. O. (Anm. 5), S. 7.

10 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, a. a. O. (Anm. 5), S. 7.

11 Vgl. Schmahl, H.-J., a. a. O. (Anm. 3), S. 3.

12 Vgl. Großer/Weinert, a. a. O. (Anm. 1), S. 10.

13 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1989/90, Bundestagsdrucksache 11/5786, S. 30.

14 Vgl. Großer/Weinert, a. a. O. (Anm. 1), S. 26.

15 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Nr. 42, a. a. O. (Anm. 9), S. 71.

16 Vgl. dazu Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Fünfter Bericht von der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Durchführung des Weißbuchs der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes, KOM (90) 90, Brüssel, 28. 3. 1990.

17 Vgl. Erklärung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs am 26. und 27. Juni 1989 in Madrid, abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.

18 Vorgesehen ist, daß der am 18. Mai 1990 unterzeichnete, aber noch von den Parlamenten der Bundesrepublik und der DDR zu ratifizierende Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli in Kraft treten kann.

19 Vgl. dazu Everling, Ulrich: Der Weg nach Deutschland ist langwierig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 3. 1990.

20 Vgl. dazu: EG-Diskussion über die deutsche Vereinigung, in: Neue Zürcher Zeitung v. 6. 4. 1990; Folgen der deutschen Vereinigung für die EG in Neue Zürcher Zeitung v. 21. 4. 1990; Wissdorff, Eberhard: Die Institutionen der Gemeinschaft haben mit ihren Planspielen für eine Aufnahme der DDR begonnen, in: Handelsblatt (Beilage: Die deutsche Gemeinschaft), März 1990. S. auch Weidenfeld, Werner: Die Bilanz der Europäischen Integration 1989/90, in diesem Band.

21 Bangemann, Martin: Selten waren die Perspektiven so positiv wie jetzt, in: Handelsblatt v. 27./28. 4. 1990.

22 Wichmann, Stefan: Schwierige Balance, Deutsch-deutsche Fusionen und Bonner Subventionen für den Osten rufen die Europäische Kommission auf den Plan, in: Wirtschaftswoche, Nr. 16 (1990), S. 18 f.

23 Vgl. Bangemann, Martin, a. a. O. (Anm. 21); Wissdorf, Eberhard: Brüssel stellt sich auf einen Umtauschkurs der DDR-Mark zu D-Mark 1 : 1 ein, in: Handelsblatt (Beilage: Die deutsche Gemeinschaft), März 1990; Buchan, David: German unity will increase EG-Growth, in: Financial Times v. 13. 3. 1990.

24 Beschluß des Rates v. 12. 3. 1990 zur Änderung des Beschlusses 64/300 EWG über die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: ABl. der EG, Nr. L 78 v. 24. 3. 1990.

25 Entscheidung des Rates v. 12. 3. 1990 zur Erreichung einer schrittweisen Konvergenz der Politiken und der wirtschaftlichen Ergebnisse während der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, in: ABl. der EG, Nr. L 78 v. 24. 3. 1990.

26 Ausdrücklich stellt die Bundesbank klar, daß für sie eine Teilung auf dem Gebiet der Geldpolitik zwischen nationalen Notenbanken und einer europäischen Zentralbank, also ein System der "Koordinierung" nicht hinnehmbar ist; denn eine solche Konstruktion wäre weniger leistungsfähig als das zur Zeit geltende Regelwerk des EWS. Vgl. Pöhl, Karl Otto: Stabilitätspolitik ist nicht teilbar, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 37 (1990). S. auch die Beiträge von Werner Weidenfeld und Detlev W. Rahmsdorf in diesem Band; außerdem Hasse, Rolf H.: Die Europäische Zentralbank: Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems. Mit Beiträgen von Werner Weidenfeld und Reinhold Biskup. Gütersloh 1989.

27 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Wirtschafts- und Währungsunion, Mitteilung für den Europäischen Rat. Brüssel 1990, S. 12 (Ziffer 2.2).

Weiterführende Literatur

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. Essen: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990. Kiel, 5. 4. 1990.

Bressand, Albert: Beyond interdependence: 1992 as a global challenge, in: International Affairs, 1 (1990), S. 47–65.

Committee for the Study of Economic and Monetary Union: (1) Report on economic and monetary union in the European Community (Delors Report); (2) Collection of papers submitted to the Committee for the Study of Economic and Monetary Union. Luxemburg 1989.

EFTA (Hrsg.): Money and Finance in the Euro-

pean Integration, EFTA-Seminar. Genf, 27. 1. 1988.

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg: Die wirtschaftliche Lage in der westlichen Welt im Frühjahr 1990, in: Weltkonjunkturdienst 1 (1990).

Jacquemin, Alexis/Sapirs, André: The European internal market, Trade and competition. New York 1989.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Jahreswirtschaftsbericht 1989/90, in: Europäische Wirtschaft, 42 (1989); Analytische Studien: (1) Die Wiedererlangung des Wachstums in den 80er Jahren und ihre wichtigsten makroökonomischen Bestimmungsgründe; (2) Geldpolitische Indikatoren unter sich ändernden monetären Rahmenbedingungen; (3) Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in der Gemeinschaft; (4) Ersparnis, Investitionen und internationale Finanzmärkte: ein Überblick; (5) Die Auswirkungen des Binnenmarktes: die sensiblen Sektoren; (6) Die Gemeinschaft als Welthandelspartner, in: Europäische Wirtschaft 42 (1989); Wirtschaftliche Konvergenz in der Gemeinschaft: eine größere Anstrengung ist erforderlich, in: Europäische Wirtschaft 41 (1989); Fünfter Bericht von der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Durchführung des Weißbuches der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes, KOM (90) 90 v. 28. 3. 1990; Mitteilung der Kommission über die Instrumente zur Verwirklichung des Binnenmarktes, KOM (89) 422 v. 7. 9. 1989.

Mayer, Otto G./Scharrer, Hans-Eckart/Schmahl, Hans-Jürgen (Hrsg.): Der Europäische Binnenmarkt. Hamburg 1989.

OECD: Economic Outlook 46. Paris, December 1989.